

Regionales Rohstoffforum am 28.04.2022

Rohstoffsicherung und Rohstoffgewinnung im Großraum Braunschweig

Termin: Donnerstag, 28. April 2022, 10:00 bis ca. 13:30 Uhr
Ort: BZV Medienhaus in Braunschweig
Veranstalter: Regionalverband Großraum Braunschweig
Moderation: Annerose Hörter, 4K | Kommunikation für Klimaschutz

TOP 1: Begrüßung

André Menzel, Abteilung Regionalentwicklung Regionalverband Großraum Braunschweig

A. Menzel begrüßt die Teilnehmenden in Vertretung von der 1. Verbandsrätin Frau Weyde zum *ersten regionalen Rohstoffforum* des Regionalverbandes Großraum Braunschweig.

Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, durch seine Regionalplanung den Rahmen für eine gesicherte und nachhaltige Rohstoffversorgung zu setzen sowie einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Belangen zu schaffen. Neben einer belastbaren Datengrundlage ist hierfür vor allem eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Rohstoffgewinnungsunternehmen, Fachverbänden und Behörden wichtig. Das neue Regionale Raumordnungsprogramm (RROP 3.0) wird die erforderlichen Festlegungen von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Rohstoffgewinnung beinhalten.

Das Rohstoffforum soll die Möglichkeit bieten, über die bessere Vereinbarkeit von Rohstoffgewinnung mit den Gegebenheiten vor Ort, eine höhere Akzeptanz der Rohstoffgewinnung und eine gemeinsame Win-Win-Situation für alle Beteiligten zu diskutieren. Die Veranstaltung dient als Auftakt für künftige Gespräche, aber auch weitere Veranstaltungen zum Thema.

TOP 2: Vorstellung des Rohstoffsicherungskonzepts im RROP 3.0

A. Kuhlmann, Abteilung Regionalentwicklung Regionalverband Großraum Braunschweig

A. Kuhlmann stellt in ihrem Vortrag die nachhaltige Rohstoffsicherung in der Regionalplanung sowie die Herangehensweise im neuen Regionalplan vor.

→ Anlage: Präsentation Regionalverband Braunschweig, Regionales Rohstoffforum 28.04.2022

Fragen und Diskussion

Überlagerung Vorranggebiet mit Natura 2000-Gebiet

Publikumsfrage: Überlagerung von Natura2000 und Vorranggebiet Rohstoffgewinnung wird kritisch gesehen. Ein Schutzzweck, der mit Rohstoffabbau kompatibel ist, scheint nur schwer vorstellbar. Gibt es hier konkrete Beispiele?

- Wesentlich ist, dass der Schutzzweck des Natura 2000-Gebietes nicht verletzt wird. Unter diesem Aspekt muss eine Prüfung erfolgen. Es gibt Gebiete mit Zielarten, die sich mit einer Rohstoffgewinnung vertragen. Hier kann es zu einer Verträglichkeit kommen.
- Beispiel Kalksteinabbau im Elm, der im Natura 2000-Gebiet liegt.
- Kooperation Verband vero mit NABU für Ausweisung eines FFH-Gebietes: Steinbruch, bei dem durch den Abbau ein Gewässer entsteht und in dem eine geschützte Art nistet. Würde der Betrieb geschlossen, versiegt auch das Gewässer. Hier entsteht eine Synergie zwischen Rohstoffabbau und Naturschutz.
- Es gibt spezielle Rohstoff-Verfahrensschritte, durch die beispielsweise Brutwände von Uferschwalben gesichert werden. Auch hier passen die beiden Zwecke Rohstoffabbau und Artenschutz gut zusammen.

Flexibilisierung Raumordnung

- Die Raumordnung sollte bis zu einem gewissen Grad flexibilisiert werden. Ein Raumordnungsplan gilt über 10 Jahre, das entspricht nicht mehr den heutigen Ansprüchen an die Raumordnung. Bei der Rohstoffsicherung können Zeithorizonte bis zu 30 Jahre vorliegen. Dies ist insbesondere eine Fragestellung an die Ministerien.
- Eine moderne Raumordnung braucht mehr Flexibilität, um auf Veränderungen wie veränderte Nutzungsansprüche reagieren zu können. Aktuell werden auch in Niedersachsen neue Raumnutzungen, wie beispielsweise Photovoltaik-Anlagen in der Freifläche diskutiert. Hierzu gilt es Regelungen zu finden, wie diese neuen Nutzungen in die Raumordnung eingebunden werden können. Es wäre auch zu diskutieren, ob auf Vorranggebieten bspw. auch Zwischennutzungen erlaubt sein sollten.
- In der Bauleitplanung können bei der Überlagerung von zwei Nutzungsansprüchen zeitlich aufschiebende Bedingungen eingebaut werden, um z.B. Zwischennutzungen zu regeln. Bei einer Festlegung eines Rohstoffsicherungsgebiets im RROP zur Sicherung des Bodenabbaus können auch Folgenutzungen z.B. für die Naherholung bestimmt werden.

Rohstoff-/ Datenmonitoring

Publikumsfrage: Gibt es bundesweit oder anderweitig Vorbilder für das geplante Rohstoffmonitoring? Ist der Regionalverband Großraum Braunschweig in Bezug auf die Datenbankanwendung und GIS-Anwendungen Vorreiter?

- In der Projektgruppe Wesertal gibt es Überlegungen zum Datenmanagement. Benachbart ist vor allem der Geologische Dienst NRW Vorreiter. In NRW besteht eine Pflicht zur jährlichen Abgabe von Daten. Eine solche Pflicht besteht in Niedersachsen nicht, so dass die Erhebung erschwert ist.
- Es wäre hilfreich, dem LBEG eine vergleichbare Rechtsgrundlage und Ausstattung wie in NRW zur Verfügung zu stellen. Die Durchsetzung der Vorhaben würde durch belastbare Datengrundlagen erleichtert und die Diskussionen könnten fundierter geführt werden. Dies wäre auch ein Vorteil für Genehmigungsbehörden.
- Ein Vorstoß zur Verbesserung der Datenlage beim Wirtschaftsministerium war bislang nicht erfolgreich. Eine gesicherte Rohstoffsicherung ist für die wirtschaftliche Entwicklung von erheblicher Bedeutung. Dafür ist eine Datenbank wichtig, um gegenüber den verschiedenen Interessen eine datengestützte Begründung vorzulegen.
- Der Regionalverband möchte die Betriebe ermutigen, den Datenaustausch zu unterstützen.
- Die Datensicherheit ist für den Regionalverband von erheblicher Bedeutung. Entsprechende Bedenken der Wirtschaft werden sehr ernst genommen. Der Regionalverband regt hierzu bei den Beteiligten einen fachlichen Austausch an, um die Anforderungen an die erforderliche Datensicherheit und eine Praktikabilität in der praktischen Anwendung zu erreichen.

Feedback der Teilnehmenden zum Datenmonitoring

Moderation: Welche Möglichkeiten zur Umsetzung sehen Sie auf Ihren Ebenen? Ist das vorgestellte Vorgehen praktikabel?

- Das vorgestellte Vorhaben wird allgemein unterstützt.
- Die Raumordnung wie die Bauleitplanung muss den verschiedenen Ansprüchen gerecht werden. Für Festlegungen der Raumordnung sowie für die Flächennutzungsplanung sind Daten notwendig.
- Es sollte gemeinsam politisch vorangegangen werden.
- Solange es kein landesweites Monitoring gibt, ist es für die Arbeit des Regionalverbands wichtig, dass der Regionalverband ein eigenes Konzept zur Datenerhebung aufbaut und die Unternehmen dies mittragen.
- Wenn seitens der Unternehmen Vorbehalte oder bestimmte Anforderungen bestehen, besteht die Bitte Kontakt zum Regionalverband aufzunehmen und gemeinsam Möglichkeiten zu besprechen.
- Situation beim LBEG:
 - Die aktuellen Rahmenbedingungen machen die Datenerfassung und –aufbereitung in Niedersachsen schwierig.

- In NRW liegt eine andere Situation vor. Einerseits Pflicht für Unternehmen Daten abzugeben. Außerdem verfügt die zuständige Behörde über mehr Personal als die LBEG.
- Vom LBEG aus gibt es alle zwei Jahre eine Betriebserhebung. Rohstoffunternehmen werden angeschrieben bzgl. Produktionszahlen, Zeitstrahl, wie lange sie noch Rohstoffpotential haben, etc.. Es liegen inzwischen Zeitreihen vor. Aber insgesamt keine vollständige Zahl an Rückmeldungen.
- Den Unternehmen wurde bei der Datenerhebung Datenschutz zugesagt. Deshalb können nur begrenzt Daten nach außen gegeben werden.
- Das LBEG stellt aber fest, dass die Rohstoffvorkommen, die den Unternehmen zur Verfügung stehen, knapper werden.
- Hinzu kommen weitere Aspekte wie Eigentümerwechsel, steigender Flächendruck, etc..

Rahmenbedingungen für Datenmonitoring

Publikumsfrage: Welche Mitarbeit erwartet der Regionalverband von den Landkreisen als genehmigende Behörden für Bodenabbau? Werden Daten von den Landkreisen zu den Abbauvorhaben benötigt? Es ist zu bedenken, dass aufgrund von Personalknappheit kaum zusätzliche Aufgaben zu gewährleisten sind.

- Vor 4 Jahre erfolgte eine Abfrage bei den Genehmigungsbehörden über bestehende Abbauvorhaben. Diese wurden in die Datenbank eingepflegt. Dadurch ist eine für das gesamte Verbandsgebiet vergleichbare Datenlage entstanden, den der Regionalverband über ein internetgestütztes Tool an die Akteure zurückgeben möchte. Um einen kontinuierlichen Überblick über die Rohstoffversorgung im Großraum Braunschweig zu erhalten, soll dies in einen regelmäßigen Austausch übergehen.
- Liegen Änderungen vor, sollen diese möglichst direkt von den zuständigen Landkreisen eingepflegt werden können. Hierfür soll vom Regionalverband perspektivisch ein geeignetes internetgestütztes Tool bereitgestellt werden.
- Ein Datenmonitoring ist nur sinnvoll, wenn eine einfache Anwendung entwickelt wird. Eine Nutzung der Anwendung muss für die Beteiligten (sowohl Behörden als auch Unternehmen) im Rahmen der Arbeitszeit, der technischen und fachlichen Möglichkeiten machbar sein. Die soll gemeinsam mit GIS-Fachleuten erarbeitet werden. Zusammen mit Behörden und Unternehmen soll hieraus ein geeignetes Tool entstehen, das einen schnellen Datenaustausch zwischen Regionalverband und Kommunen ermöglicht.
- Datensicherheit hat dabei einen besonders hohen Stellenwert. Unternehmensdaten müssen und werden verantwortungsvoll behandelt.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Publikumsfrage: Welches Gesetz müsste geändert werden, damit es eine Pflicht zur Datenabgabe gibt und wir eine Situation wie in NRW erhalten?

- Das Wirtschaftsministerium müsste es in die politische Diskussion tragen und über diesen Weg einen gesetzlichen Rahmen schaffen.

TOP 3: Impulse der Diskutanten

Die Referent:innen des Podiums stellen sich und ihre Rolle sowie Aufgaben in der regionalen Rohstoffsicherung vor.

Friedhart Knolle, BUND-Regionalverband Westharz

- Vertritt auf dem Podium die Interessen des Naturschutzes.
- Größte Herausforderung: sich auf Augenhöhe begegnen und eine gemeinsame Arbeitsebene zu finden, trotz unterschiedlicher Interessenslagen.
- Voraussetzung dafür ist gute Information. Es braucht einen faktenbasierten und offenen Datenaustausch, der ermöglicht, dass gute raumordnerische Kompromisslösungen gefunden werden.
- Ausgangssituation ist eine personelle schwierige Situation bei den Kommunen und Fachbehörden und eine oftmals schlechte und überholte Datenbasis.
- Naturschutz sollte nicht verantwortlich gemacht werden, wenn Daten und Kartierungen aufgrund der schlechten Datenbasis nachgefordert werden.

- Auch der Naturschutz ist sich bewusst, dass es den Rohstoffabbau braucht, weil die Gesellschaft ihn einfordert. Aber der Rohstoffabbau muss so stattfinden, dass auch künftige Generationen den Raum noch nutzen können. Beim Abbau dürfen auch keine unwiederbringlichen Werte (Biodiversität, Vernetzungsbiotope, etc.) verloren gehen.

Raimo Bengler, vero - Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V.

- Als Baustoffverband vertritt vero die Interessen von rund 600 Unternehmen mit über 1.000 Betrieben mit Kieswerken und Steinbrüchen.
- Im Verband sind verschiedenste Unternehmen vertreten, die unterschiedliche Bau- und Rohstoffe abbauen und sich diversen Problemlagen stellen müssen:
 - o Es gibt einen hohen Bedarf an Beton für Neubau, Brücken- und Straßensanierungen. Allein der Bedarf für die Sanierungen kann kaum noch gedeckt werden. Der Bund will 400.000 Wohnungen jährlich neu bauen.
 - o Quarzsand, der für Computertechnologie benötigt wird.
 - o Kalksteinbetriebe
 - o Baustoffrecycling-Unternehmen: Herausforderung ist Recycling und Primärrohstoffgewinnung zusammen zu bringen. vero hat sich für eine bevorzugte Ausschreibung von Recycling-Rohstoffen eingesetzt. Es werden bereit 90% recycelt. Dies deckt aber nur 12% des Bedarfs ab. Maximal können 20% des Bedarfs durch Recycling gedeckt werden.
- Naturschutz spielt eine wichtige Rolle. Bereits seit vielen Jahren hat vero eine Kooperation mit dem NABU zum Artenschutz in aktiven Betrieben. Aktivitäten des Verbandes in Niedersachsen werden mit dem NABU abgestimmt. Hierbei geht es darum, Gewinnung und Artenschutz zusammen zu bringen. Viele seltene Arten können durch Flachgewässer in aktiven Betrieben überhaupt erst überleben. Beispiel: Uhu brütet in Steilwänden von Steinbrüchen.
- Rohstoffe sollten nicht aus dem Ausland importiert werden, sondern ortsnah erschlossen und genutzt werden.

Birgit Knopfe, Fa. H. Eggersmann GmbH & Co

- Das Unternehmen gewinnt die Rohstoffe Sand und Kies im Nassabbau in Varenholz, Kreis Lippe und Lauenförde, Landkreis Holzminden, Hauptstandort in Kalletal-Varenholz.
- Philosophie der Fa. Eggersmann ist seit den 60er Jahren, den Rohstoff Kies und Sand nicht als Massengut zu vertreiben, sondern als Veredlungsgut in den eigenen Transportbetonstandorten einzusetzen.
- Birgit Knopfe ist bei der Fa. Eggersmann zuständig für
 - o die Beantragung/Durchführung der Genehmigungsverfahren,
 - o die Rekultivierung/Renaturierung, Entwicklung/Umsetzung von Kompensations- und Naturschutzmaßnahmen, wie beispielsweise Beweidung als pflegerische Maßnahme.
 - o Planung/Umsetzung/Betreuung Landwirtschaft.
 - o Flächenkäufe, -verkäufe, Pacht- und Landtauschangelegenheiten.
- Rohstoffsicherung ist unbedingt notwendig. Die Rohstoffe Kies und Sand sind begrenzt und sollten dementsprechend zum Abbau „beantragt und genehmigt“ werden. Gerade die derzeitige Situation in Deutschland zeigt, dass eine ausreichende Versorgung der Wirtschaft mit Rohstoffen sehr wichtig ist.

Lars Michel, Stadt Goslar Fachdienst Stadtplanung

- Stadtplaner und lange in der Kommunalverwaltung im Umwelt- und Baubereich tätig. Zuständig für Flächennutzungsplanung und Stellungnahmen zur Planung Dritter. Stadt ist Beteiligte bei Abbauvorhaben von Kieslagerstätten.
- Es stellen sich folgende drei Herausforderungen an die Kommune:
 1. Beitrag leisten zur Rohstoffsicherung, Ziele der Rohstoffsicherung müssen in der Bauleitplanung berücksichtigt werden.
 2. Belange der Bevölkerung berücksichtigen. Wunsch der Bevölkerung, dass Abbau möglichst weit weg stattfindet.

3. Siedlungsentwicklung, die auch von der Kommunalpolitik gefordert wird, vorzubereiten. Hierfür wiederum hilfreich, wenn Abbau möglichst nah vorhanden ist.
- Insgesamt ist eine Datengrundlage wichtig für den Abschätzungsprozess, interessant wäre auch zu wissen, wie viel durch Recyclingmaterial gedeckt werden kann.
 - Für Genehmigungsverfahren hilfreich:
 - o möglichst früh auch die Behandlung von Interessen des Naturschutzes und der Bevölkerung einbeziehen.
 - o Frühzeitige Information mit deutlicher Klarstellung des rechtlichen Rahmens sowie der Inhalte und Beteiligungsmöglichkeiten der vorgesehenen Verfahrensschritte.
 - o Eine koordinierte Öffentlichkeitsarbeit, damit Diskussionen vor Ort nicht den Fokus verlieren.
 - Für die kommunale Abwägung haben die Vorgaben aus Fachgesetzen zugenommen. Das LROP führt zwei neue Ziele ein. Das macht es zunehmend schwieriger, den Aufgaben und Verpflichtungen nachzukommen.

André Menzel, Regionalverband Großraum Braunschweig

- Dipl. Ing. Landespflege, Regionalplaner, 10 Jahre Berater für Tourismus- und Regionalentwicklung, seit 2005 im Regionalverband Großraum Braunschweig: Teamleitung Freiraumentwicklung und Regionalplanung, Verfahren. Der Bereich Freiraumentwicklung umfasst auch Rohstoffsicherung.
- Träger der Regionalplanung = Verankerung der Rohstoffsicherung im Regionalplan / RROP sowie Untere Landesplanungsbehörde = Durchsetzung der Erfordernisse der Raumordnung durch und in Verfahren; frühzeitige Beratung und Moderation in Verfahren, Öffentlichkeitsarbeit.
- Herausforderungen in der Umsetzung: Ausreichende regionale Sicherung von geeigneten Flächen, Durchsetzung der raumordnerischen Festlegungen, Datenbereitstellung, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.
- Die institutionelle Verankerung der Raumplanung als zuständige Planung für die Rohstoffsicherung bedarf einer Reform. Die Raumordnung sollte als strategische und querschnittsorientierte Planung bei der Staatskanzlei verortet sein, nicht beim Landwirtschaftsministerium.
- Belastbare Daten schaffen mehr Rechtssicherheit und Transparenz = verbesserte Durchsetzung der Festlegungen und höhere Akzeptanz vor Ort.
- Wichtig ist ein belastbares gegenseitiges Vertrauen und einfache, in der Praxis handhabbare Kommunikationssysteme / -wege, aber auch frühzeitige informelle Information und Abstimmung.
- Für die Zusammenarbeit mit den Behörden, Verbänden und Betrieben ist es wichtig, offen zu sein. Jeder Akteur hat sein eigenes Interesse. Entscheidend ist es, Kompromisse und gegenseitige Win-Win-Situationen zu schaffen.

TOP 4: Podiumsdiskussion – Möglichkeiten und Chancen zu einer nachhaltigen Rohstoffsicherung

Optimierung der Genehmigungsverfahren

Publikumsbeitrag: Es ist wichtig, dass am Anfang eines Verfahrens mit Scoping-Termin und Antragskonferenz die Kommunen und Landkreise bekannt machen, welche Anforderungen durch die Unternehmen zu erfüllen sind und welche Unterlagen vorzulegen sind. Dies ist bei vielen Verfahren bereits Praxis. Das fängt auf der Raumordnungsebene an und geht bis zum Planfeststellungsverfahren, bei dem dann aber keine grundlegend neuen Aspekte dazukommen.

→ **A. Menzel:**

- o Die Untere Landesplanungsbehörde und die Planfeststellungsbehörde können in gegenseitiger Abstimmung die raumordnerische Antragskonferenz und den Scoping-Termin auf einen Veranstaltungstermin legen. Faktisch eine Veranstaltung, rechtlich aber kein zusammengehöriger Termin. Hierdurch kann eine deutliche Vereinfachung für Unternehmen, beteiligte Stellen und Vereine erzielt werden. Was bei der Antragskonferenz an Hinweisen und Problemstellungen gestellt wird, taucht i.d.R. auch im Genehmigungsverfahren wieder auf. Daher sollen die beiden Termine dazu

genutzt werden, die Unterlagen z.B. zu Umweltstudien aufeinander abzustimmen und die Abhängigkeit der raumordnerischen Prüfung mit nachfolgenden Verfahren klarzustellen. Dies kann zu einer Verfahrensbeschleunigung führen und so Zeit, Aufwand und Kosten einsparen.

- Bereits im Raumordnungsverfahren erfolgen Abstimmungen mit nachfolgenden Behörden.
- Durch abgestimmtes Verwaltungshandeln kann ein Verfahren in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen und den Umweltverbänden konsistenter gemacht und fachlich besser abgestimmt werden.

Moderation: Wie kann die Rohstoffsicherung gut funktionieren?

→ **Publikumsbeitrag:** Teilnehmende:r ist als Planer in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen tätig. NRW hat in Bezug auf Geodaten nicht nur eine Rohstoffsicherungskarte, sondern auch weitere Kartenwerke wie z.B. Karte zum Lockergestein, die Mächtigkeiten darstellt. Diese Datengrundlagen sind sehr hilfreich für die Planungsaktivitäten. Dies würde auch in Niedersachsen Planungen vereinfachen.

Moderation: Was braucht es noch in den Verfahren? Erhalten die Unternehmen in der Antragskonferenz alle Informationen, die benötigt werden?

→ **B. Knopfe:**

- Hilfreich ist der Erfahrungsaustausch am Anfang über das Scoping oder ähnliche Zusammenkünfte, um hier bereits zu erfahren, was für das Verfahren benötigt wird.
- Wünschenswert wäre, dass mit allen Seiten (Naturschutz und Behörden) zu Beginn zeitliche Fahrpläne erstellt werden, damit Genehmigungsverfahren nicht über Jahre hinweg ausufern. Diese Zeit haben Wirtschaftsunternehmen nicht.

Moderation: Welche Art der Antragsverfahren sind besonders zeitintensiv?

→ **B. Knopfe:** Es gibt keinen bestimmten besonders zeitintensiven Bereich. Auch der Austausch mit dem Umweltschutz funktioniert prinzipiell gut. Oftmals fangen die Verfahren im Rahmen der Bürgerbeteiligungen an zu stocken und werden in diesem Bereich sehr zeitintensiv.

→ **L. Michel:**

- Bei einem aktuellen Verfahren war es zeiteffizient, raumordnerische Antragskonferenz und Scoping in einem Termin zu haben. Hier ist auch positiv zu erwähnen, dass für das Scoping das Unternehmen bereits Unterlagen vorlegte und sich mit Fragestellungen schon beschäftigt hatte.
- In der Bauleitplanung sind oft auf übergeordneter Ebene Zeitpläne zu erstellen. Aber durch gesetzliche Vorgaben oder Aktualisierungen können zeitliche Verzögerungen eintreten.
- Die Ursache für Zeitverzögerungen liegt häufig darin, dass erforderliche Unterlagen von den Unternehmen nicht vorgelegt werden. Die Unternehmen drängen auf den Auslegungsbeschluss, aber wenn z.B. Gutachten nicht vorliegen, kommt es zum Verzug.

→ **Publikumsbeitrag:**

- Wichtig ist, was als Zeitpunkt für den Beginn eines Verfahrens definiert wird. Die Unternehmen benennen den Beginn eines Verfahrens, wenn sie den Behörden die ersten Unterlagen vorlegen. Dabei sollte als Beginn erst gelten, wenn alle Unterlagen vollständig vorliegen.
- Problem entsteht vielfach, wenn Antragssteller mehrmals das Planungsbüro wechseln.
- Weiteres Problem: Der Grundsatz, dass bei Kies- und Sandabbau Lagerstätten vollständig auszunutzen sind, wird nicht ausreichend beachtet. Mit der anschließenden Verfüllung wird bereits beantragt, dass Material liegen gelassen wird. Das ist für die Unternehmen wirtschaftlicher, aber der darunterliegende Rohstoff ist dauerhaft verloren.

→ **B. Knopfe** stimmt dem Publikumsbeitrag zu. Beim Antragsverfahren müssen alle erforderlichen fachlichen Gutachten vorliegen. Dies kann dann als Stichtag benannt werden. Wichtig ist, dass man sich zusammensetzt und darüber spricht, was erforderlich ist. In einem aktuellen Projekt funktioniert das beispielsweise mit dem Landkreis Holzminden sehr gut.

Endlichkeit der Lagerstätten und Deponieverknappung

→ **F. Knolle:**

- Weiterer wichtiger Aspekt ist, dass die Rohstofflagerstätten zu Neige gehen und eine Knappheit prognostiziert ist, teilweise ist sie schon eingetreten. Eine Verfahrensbeschleunigung beschleunigt daher nur die absehbare Rohstoffkrise. Ein „weiter so“ geht daher eigentlich nicht.
- Die Rohstoffplanung muss den Aspekt der Endlichkeit der Restvorräte, die schnell auf uns zukommt, berücksichtigen. Endlichkeit der Ressourcen ist die größte Herausforderung und bisher gibt es noch keine umfassenden Ansätze, damit umzugehen. Langsamere Abbau, stärkeres Recycling und Substitution sind Ansätze.

→ **R. Benger:**

- Recycling ist ein wichtiger Aspekt. Aber durch Recycling lassen sich nicht die Bedarfe decken.
- Rohstoffunternehmen wecken keine Bedarfe, sondern erfüllen lediglich die Nachfrage, die durch Straßensanierung, Brückensanierung sowie Wohnungsbau und dem Erhalt der Infrastruktur erzeugt wird.
- Aktuell herrscht „Genehmigungsverknappung“ vor, trotz der Kommunikation mit Behörden, Naturschutz, etc. kommt es hier zu Schwierigkeiten.
- Bedenklich ist es, wenn Rohstoffe per Schiff importiert werden. Eine regionale Rohstoffsicherung ist somit auch ein Beitrag zum Klimaschutz.
- Neben Rohstoffverknappung besteht auch eine Verknappung der Deponiekapazitäten. Teilweise sind Unternehmen durch gesetzliche Vorschriften gezwungen, Material zu deponieren, das auch recycelt werden könnte.
- Wichtig ist, gemeinsame Kommunikation zu stärken.

Frühzeitige Beteiligung und Kommunikation zwischen Akteuren

Moderation: Bei der Mentimeterumfrage wurde eine bessere Kommunikation vielfach benannt. Wichtig ist aber auch, dass die Bevölkerung mitgenommen wird. Wie wird in Goslar mit verschiedenen Bürger:inneninteressen umgegangen?

→ **L. Michel:**

- Ein aktuelles Verfahren im letzten Jahr hatte das Erschwernde, dass es in den Zeitraum der Kommunalwahl gefallen ist.
- Die aus der Bevölkerung vorgebrachten Betroffenheiten sind nachvollziehbar. Daher ist es wichtig, deutlich zu machen, dass die verschiedenen Interessenslagen in den Verfahren behandelt werden.
- Die Bevölkerung sollte möglichst frühzeitig einbezogen werden. Hierfür ist auch mit der Zeitung zusammenzuarbeiten, um den Prozessablauf an die Öffentlichkeit zu vermitteln.

Moderation: Wo sehen Sie gemeinsame Wege des Naturschutzes und der Rohstoffgewinnung?

→ **F. Knolle:**

- Wichtig ist es, miteinander zu reden, auch wenn es Vorbehalte gegenüber anderen Interessensgruppen gibt.
- Dabei sollten alle Akteure auf Augenhöhe einbezogen werden, von der Straßenplaner:in, Bürger:in, bis hin zur Landwirt:in. Dann kann das Verfahren am Ende oft schlank durchlaufen.
- Die Verwaltung muss nach Recht und Gesetz vorgehen. Gleichwohl sollten Möglichkeiten gesucht werden, flexibel und zielorientiert die Verfahren zu führen.
- Geeignet sind für die Diskussion mit der Öffentlichkeit wie mit dem Naturschutz sogenannte Runde Tische. Nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu diskutieren ist nicht der richtige Weg.

Problem Flächenverfügbarkeit

Moderation: Von der Theorie zur Praxis: Haben Sie Beispiele, bei denen Sie gute Erfahrungen mit der frühzeitigen öffentlichen Beteiligung gemacht haben?

→ **Publikumsbeitrag:**

- Vor fünf Jahren wurde eine Erweiterung durchgeführt. Dabei wurden alle einbezogen, von der Gemeinde über den Bürgermeister, die Bürger:innen bis hin zum Landkreis. Auch wenn sich der Prozess dadurch zeitlich etwas in die Länge gezogen hat, hat dies sehr gut geklappt.
- Beispielsweise wurde ein Infoabend für die gesamte Gemeinde angeboten. Dabei wurde deutlich, dass der Sandabbau selbst gar nicht stört, sondern die mit dem Abtransport anfallenden LKW-Verkehre.
- Wichtig ist, von Anfang an auch kritische Stimmen zuzulassen.
- Große Schwierigkeit für Unternehmen ist, überhaupt an die Flächen zu kommen. Sind die Flächen im Flächennutzungsplan nicht enthalten, muss die Gemeinde den FNP ändern und das braucht viel Zeit. Außerdem müssen Flächen erworben werden.
- Aber wenn alle Unterlagen vollständig vorliegen, kann es gut funktionieren, wie beispielsweise bei der benannten Erweiterung.

Moderation: Wie kommt man an die Flächen ran?

→ **A. Menzel:**

- Die Raumordnung hat den gesetzlichen Auftrag, die unterschiedlichen Raumansprüche untereinander und gegeneinander abzuwägen. Rohstoffflächen werden zur Sicherung öffentlicher Erfordernisse wie z.B. Infrastruktur, Straßenbau im RROP festgelegt. Die raumordnerischen Festlegungen greifen jedoch nicht in die Rechte Grundstückseigentümer ein.
- Zur Durchsetzung der Festlegungen sollten Raumordnungsverfahren und nachgeordnete Verfahren enger aufeinander abgestimmt werden.
- Hierbei kann eine enge Abstimmung auf planerischer Ebene mit Gemeinde, Bürgerinitiativen und Naturschutzverbänden zu einer verbesserten Flächenverfügbarkeit beitragen.
- Zu berücksichtigen ist die personelle Situation in den Behörden, da viele Kommunen unter Personalknappheit leiden. Das führt vielfach zu längeren Verfahren.
- Erschwerend für die Vorhaben wirken auch die Vielzahl an Anforderungen durch den Gesetzgeber und die Gerichte. Die Politik und der Gesetzgeber sollten prüfen, ob die Vielzahl der rechtlichen Regelungen hinsichtlich der Erfordernisse einer geordneten Rohstoffversorgung sinnvoll sind.

Offenlage des RROP 3.0

Publikumsfrage: Wann wird die angesprochene Kulisse der neuen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Rohstoffgewinnung vom Regionalverband veröffentlicht? Wird eine Vorabkulisse zur Verfügung gestellt? Ansonsten wird es viel Arbeit sein, Belange und Themen nachträglich einzubringen. Wie beim regionalen Freiraumentwicklungskonzept wird eine vorherige Beteiligung gewünscht.

→ **A. Menzel:**

- Kulisse ist erarbeitet, soll aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht offen zur Diskussion gestellt werden.
- Die Kulisse wurde mit dem LBEG intensiv besprochen, betriebliche Belange berücksichtigt und Kriterien des Regionalverbands angewendet. Zum Jahresbeginn 2023 soll die 1. Offenlage des RROP 3.0 erfolgen. Dann können sich Gemeinden und Betriebe mit dem Entwurf auseinandersetzen.
- Da das RROP 3.0 ein umfangreiches Planwerk ist, wird den Beteiligten für die Beteiligung eine ausreichende Zeit eingeräumt, sodass die Abstimmung in den kommunalen Gremien erfolgen kann. Im Regelfall stehen 2 – 3 Monate zur Verfügung.

TOP 5: Zusammenfassung und Verabschiedung

André Menzel, Abteilung Regionalentwicklung Regionalverband Großraum Braunschweig

- Wichtig ist es, miteinander zu reden und gemeinsam Lösungen zu finden.
- Die Flächenverfügbarkeit bleibt eine begrenzende Rahmenbedingung. Der Regionalverband wird seine Möglichkeiten nutzen, um eine gesicherte Rohstoffversorgung im RROP 3.0 zu verankern.
- Für das RROP 3.0 erfolgt eine intensive Auseinandersetzung mit der Rohstoffgewinnung im Verbandsgebiet, dafür werden auch noch weitere Gespräche und Diskussionen mit allen Beteiligten nötig sein.

- Das Rohstoffforum ist ein Startschuss für die enge Zusammenarbeit zwischen den Behörden, Unternehmen und allen weiteren Akteuren.
- Der Regionalverband will diesen konstruktiven und zielorientierten Weg mit allen Beteiligten weitergehen und weitere Rohstoffforen durchführen. Hierzu werden die Beteiligten gesondert informiert.

Anlage

- **Präsentation der Veranstaltung**
- **Ergebnisse der Mentimeter-Umfragen**

Hannover, den 30. Mai 2022
gez. Christina Deike
4K | Kommunikation für Klimaschutz